

pen die vorhandenen Vorschläge zu sichten, zu ordnen, Pro und Contra zu diskutieren. Dabei war eine zentrale Aufgabe, sich auch der Frage der Opfersymmetrie anzunehmen, das heißt zu überlegen, wer für welche Lösung welches Opfer bringen muss und wie dafür ein fairer Ausgleich erfolgen kann. Für diese Gesprächsrunden haben sich rund hundert Bürgerinnen und Bürger ebenso wie der gesamte Gemeinderat gemeldet. Das ehrgeizige Konzept sah vor, in nur drei Gruppensitzungen zu Lösungen zu kommen. Dabei war eine Grundvoraussetzung, die Gruppen so zu mischen, dass jeweils möglichst viele unterschiedliche Sichtweisen dabei zusammenkommen.

Erfolgreich gemeinsamen Nenner ermittelt

Die Moderatoren von Martin Horn Consulting waren zur inhaltlichen Neutralität verpflichtet und haben sich, anders als ein Schlichter, nicht inhaltlich positioniert, sondern ausschließlich die Prozessverantwortung getragen. „Ein Erfolgsfaktor war sicherlich, dass jeder mitmachen und mitgestalten konnte. Diese breite Beteiligungsbasis war eine Grundvoraussetzung für das Gelingen des Prozesses“, so der Moderator Martin Horn. Im folgenden Schritt haben die insgesamt sechs Gruppen ihre Ergebnisse in einem so genannten Ergebnisforum vorgestellt und zusammengetragen. Hier wurden die verschiedenen Lösungsansätze zusammengeführt und gebündelt. Schließlich erhielt der Gemeinderat als beschließendes Gremium die Ergebnisse überreicht, verbunden mit dem Wunsch der Bürger, rasch an die Umsetzung zu gehen.

Im Prozessverlauf ist klar geworden, was die Bürger sich in Sachen Verkehrsberuhigung in Überlingen wünschen. Dieser gemeinsame Nenner ist der eigentliche Erfolg der Bürgerbeteiligung. Die Gruppen diskutierten auch Maßnahmen und

Umsetzungsvorschläge, die aber weiter bearbeitet werden müssen. Zum Beispiel: die Verkehrsberuhigung in der Altstadt, dort wünschen sich die Bürger eine Reduzierung der Geschwindigkeit. Dazu gab es auch konkrete Vorschläge wie ein „Shared-Space-Konzept“ oder eine Begrenzung auf sieben Stundenkilometer und weitere Varianten. Mit diesen Vorschlägen kann die Verwaltung weiterarbeiten und sie in konkrete Maßnahmen umsetzen.

Rote Sofas symbolisieren Diskussionskultur

Mit dem Prozess in Überlingen sind neue Wege in der Bürgerbeteiligung beschriftet worden. Es ist gelungen, die unterschiedlichen Akteure an einem Tisch zusammenzubringen. Durch das seitens der Unternehmensberatung konzipierte Verfahren war es möglich, in einer äußerst verfahrenen Situation wieder zu einer Diskussionskultur zu finden und damit die Basis für lösungsorientiertes



Foto: www.fotolia.de

Arbeiten zu legen. Allerdings sollte die Komplexität solcher Prozesse nicht unterschätzt werden. An den Gemeinderat gab es ein klares Votum der Bürger als Grundlage für die künftige Gestaltung der Verkehrspolitik in Überlingen. Überraschend war die hohe Beteiligung: Über hundert Bürgerinnen und Bürger waren bereit, ihre Zeit zu opfern und mitzuarbeiten. Als Zeichen der neuen Diskussionskultur hat die Stadtverwaltung Über-

lingen in der Zeit des Bürgerbeteiligungsprozesses ein rotes Sofa an verschiedenen Stellen in der Stadt aufgestellt, um damit zu signalisieren, dass offen miteinander gesprochen wird.

Bürgerbeteiligung darf kein „Deckmäntelchen“ sein!

Entscheidend für das Gelingen einer solchen Bürgerbeteiligung sind mehrere Faktoren: Es bedarf eines klaren Votums von Verwaltung und Gemeinderat, die Ergebnisse ernst zu nehmen. Fehlt dies oder wird die Bürgerbeteiligung nur als „Deckmäntelchen“ gesehen, dann ist das Projekt zum Scheitern verurteilt und die Beteiligung der Bürger kontraproduktiv. Da die Konflikte oder Fragestellungen immer unterschiedlich gelagert sind, ist es notwendig, die Vorgehensweise für jedes Projekt individuell zu konzipieren. Des Weiteren ist die kontinuierliche Information der Öffentlichkeit ein zentraler Baustein, der für Transparenz sorgt und jeden „Hinterzimmer-Charakter“ vermeiden hilft. Auch diejenigen, die sich nicht direkt beteiligen, sollen Zugang zu den Informationen erhalten. So sind auf der Webseite der Stadt Überlingen alle Bausteine, Präsentationen und Ergebnisse dokumentiert.

Die Menschen wollen informiert, gehört und eingebunden werden. Dass dies nicht zur Aushöhlung der demokratisch festgelegten Ordnung führen muss, zeigt das Überlinger Beispiel. Die Entscheidungshoheit liegt bei den gewählten Vertretern des Gemeinderates. Sie erhalten durch einen solchen Prozess allerdings ein klares Bild der öffentlichen Meinung, das – anders als bei öffentlichen Kundgebungen – von allen Bürgern mitgestaltet wird. Sicher wird nicht für jedes Vorhaben einer Kommune eine Bürgerbeteiligung notwendig sein, aber für schwierige, kontrovers diskutierte Vorhaben kann mit diesem Instrument eine Lösung gefunden werden. ■